

**Pressestatement von Dr. Manfred Stegger,
Vorsitzender des BIVA-Pflegeschatzbundes,
anlässlich der Präsentation aktueller Umfrage-Ergebnisse**

am 24. August 2023 in der Bundespressekonferenz.

Es gilt das gesprochene Wort.

Der BIVA-Pflegeschatzbund vertritt seit fast 50 Jahren bundesweit die Interessen von Menschen, die bei Pflegebedürftigkeit Wohn- und Pflegeleistungen in Anspruch nehmen.

Unabhängig von privaten finanziellen Vorkehrungen für das Alter, vertrauen immer noch die meisten Menschen darauf, dass sie bei Pflegebedürftigkeit von der Pflegeversicherung aufgefangen werden und der Sozialstaat ihnen eine angemessene Pflege ermöglicht.

Dass dies längst nicht so ist, erfahren die meisten erst dann, wenn sie betroffen sind. Verzweifelt wenden sich viele von ihnen hilfeschend an den BIVA-Pflegeschatzbund.

Wir haben einen professionellen, juristischen Beratungsdienst. Er bildet das Fundament unserer Arbeit und liefert uns tagtäglich Einblicke in die aktuelle Lebenslage der Menschen mit Pflegebedarf. Bei insgesamt 6.000 Beratungen im Jahr entfallen mittlerweile über 50 Prozent auf den Bereich Finanzierung und Kosten der Pflege. Damit ist dieses Thema im Moment sogar drängender als die früher stets im Vordergrund stehende mangelnde Pflegequalität.

Wir erfahren von Erhöhungen der Eigenanteile um bis zu 1.000 Euro. Zusammen mit den sog. Hotelkosten beträgt er manchmal über 3.000 Euro im Monat.

Pflegebedürftigkeit kann jeden treffen. Wenn es schlimm kommt, reden wir schnell über sehr hohe Kosten von 30 bis 40.000 Euro pro Jahr, die auf die einzelnen Menschen zukommen und durch die Versicherung nicht gedeckt sind. Mit diesen Summen rechnet kaum jemand, der sich auf unvorhergesehene Kosten im Alter vorbereiten will. Der Begriff „Pflegeversicherung“ ist zu einer Nebelkerze verkommen. Er verschleiert die Realität.

Anders als in der Krankenversicherung gibt es in der Pflegeversicherung stets nur einen fixen Zuschuss zu den Pflegekosten. Bei ihren Start 1995 war sie aber so ausgestaltet, dass die reinen Pflegekosten im Durchschnitt übernommen wurden. Damit war Pflege auch für Durchschnittverdiener ein berechenbares Risiko – und die Welt jedenfalls in finanzieller Hinsicht für die Betroffenen in Ordnung.

Durch eine fehlende regelhafte Dynamisierung weitete sich die Schere zwischen Pflegekosten und Leistungen der Versicherung ständig mehr. Heute sind es 1.250 Euro, die der einzelne Betroffene aus eigener Tasche im ersten Jahr durchschnittlich dazuzahlen muss. Hinzu kommen noch die sogenannten Hotelkosten und die Kosten für Investitionen und Ausbildung, die sich auch auf etwa 1.400 Euro im Monat belaufen.

Betrachten wir die aktuelle Situation aus der Sicht der Betroffenen. Allein durch die jetzt vorgeschriebene tarifliche Bezahlung werden die Löhne, die ca. 90 Prozent der direkten Pflegekosten ausmachen, innerhalb kurzer Zeit um mindestens 20 Prozent steigen. Diese Erhöhung wird voll auf die Pflegesätze der Heime durchschlagen. Denn im jetzigen System müssen zusätzlich Kosten alleine von den Betroffenen getragen werden.

Von vielen Pflegebetroffenen werden diese Steigerungen als Investition in eine bessere Pflegequalität unterstützt. Die damit verbundenen Mehrkosten erdrücken sie allerdings. Der Gang zum Sozialamt wird nicht nur als Schmach empfunden, sondern beraubt sie auch ihrer individuellen Freiheit. Keine freie Wahl des Heims mehr, festgelegtes Taschengeld etc.

Im ambulanten Bereich liegen die Dinge ähnlich. Auch hier sehen wir sehr deutliche Lohnsteigerungen. Die Pflegesachleistungen der Pflegeversicherung reichen nicht mehr aus, um das vereinbarte Pflegesetting aufrecht zu erhalten. Mit gravierenden Folgen für die Pflegequalität. Wenn das Geld knapp wird, werden die Menschen weniger Leistungen als zuvor vom ambulanten Pflegedienst anfordern. Betroffene müssen außerdem fürchten, dass der ambulante Dienst deshalb den Vertrag kündigt. Bei der gegenwärtigen Marktlage stehen meist keine professionellen Alternativen zur Verfügung. Es droht ein Versorgungschaos.

Von Seiten der Politik werden Konzepte propagiert, die wegfallenden oder fehlenden Pflegeleistungen der professionellen Dienste durch pflegende Angehörige, Freunde oder Nachbarn aufzufangen. Dies ist eine theoretische Möglichkeit, die in manchen Fällen funktionieren mag. Sie kann aber nicht als Leitbild für eine Alternative zur professionellen Pflege dienen. Auch die Arbeitszeit der „Ehrenamtlichen“ muss langfristig bezahlt werden, um eine Stabilität zu sichern. Ganz zu schweigen von den fachlichen Anforderungen.

Unter dem Strich bleibt eine schlechtere pflegerische Versorgung sowohl im stationären wie im ambulanten Bereich. Und die Quoten der Sozialhilfeempfänger werden bald 40 Prozent erreichen.

Es ist erschütternd zu sehen, dass besonders diejenigen, die sich verantwortungsbewusst und vorsorgend auf eine spätere Pflegesituation vorbereitet haben, am stärksten von den Konsequenzen der starken Steigerungen betroffen sind. Sie hatten die Hoffnung auf eine „selbstbestimmte Pflege“, wollen ihren Kindern nicht zur Last fallen. Sobald sie – gezwungenermaßen – in der Sozialhilfe stecken, verlieren sie einen großen Teil ihrer Rechte. Sie wandeln sich vom „Kunden“ zum „Almosenempfänger“. Sie ereilt ein Schicksal, das sie ein Leben lang vermeiden wollten und weshalb sie fleißig gespart haben. Sie sind damit solchen Menschen, die – aus welchen Gründen auch immer – keine Vorsorge treffen konnten oder wollten, gleichgestellt. Das ist ein unhaltbarer Zustand, der ihnen nur schwer zu vermitteln ist.

Daher befürworten wir als BIVA-Pflegeschutzbund eine Umgestaltung der Pflegeversicherung. Die Leistungen müssen wieder ausreichen, damit die reinen Pflegekosten gedeckt sind.

Nach den Expertenberechnungen wäre hierzu eine moderate Erhöhung der Beitragssätze um weniger als ein Prozentpunkt notwendig. Vergangenen Erhöhungen stießen auf nur geringen politischen Widerstand. Die Menschen sind nämlich bereit, für eine bessere und erschwingliche Pflege in das System einzuzahlen. Das bestätigt auch die Umfrage, die wir heute vorstellen. Daneben sind weitere finanzwirksame Maßnahmen denkbar, auf die ich hier nicht weiter eingehen kann. Es gibt also Gestaltungsspielräume, um die Pflege für den Einzelnen wieder bezahlbar zu machen. Hier ist die Politik gefordert!

In unserem Sozialstaat sollten die Menschen darauf vertrauen können, dass eine solidarische Versicherung, die das Wort „Pflege“ im Namen trägt, das reine Pflegerisiko auch voll abdeckt. Sozialhilfe ist kein würdiger Ersatz für Ansprüche aus eigenen Beitragszahlungen.